

Beschluss:

Hier. Jetzt. Wir. - Geschlechtergerecht in eine krisenfeste Zukunft!

In Zeiten der Corona-Krise wird Frauen viel gedankt. Sie halten den Laden am Laufen, wurden zu Alltagsheld*innen und ihre Arbeit gilt plötzlich als systemrelevant. Doch aus der Dankbarkeit folgt bisher politisch nicht viel - ganz im Gegenteil. Bei der Kinderbetreuung setzte die Bundesregierung auf das Prinzip "Mama macht das schon" und im Konjunkturprogramm der Großen Koalition kommen Frauen so gut wie gar nicht vor. In der Krise haben wir immer wieder gesehen, wie ihre Interessen hinten runter fallen. Dieses Versäumnis droht Konsequenzen in Form einer Retraditionalisierung der Geschlechterrollen weit über die Pandemie hinaus zu haben.

Doch diese Entwicklung ist nicht in Stein gemeißelt. Wir können und müssen gegensteuern und dafür sorgen, dass die Zukunft nach Corona gleichberechtigter ist als die Normalität davor. Denn die Pandemie hat Ungleichheiten nicht geschaffen, sie hat sie verschärft und an vielen Stellen sichtbar gemacht. Dass Kinderbetreuung und Homeschooling in der Krise vor allem an Frauen hängen bleibt ist kein Zufall. Denn schon davor leisteten sie einen Großteil der Sorgearbeit und verdienten im Durchschnitt weniger. In der Krise wechselt eher die Person auf Teilzeit, die schon davor weniger Gehalt hatte, gibt eher das Elternteil seinen Job auf, das schon davor in Teilzeit arbeitete. Dass beides eher Frauen sind, zeigt wie wichtig es ist, dass wir genau jetzt konkrete Maßnahme für mehr Gleichberechtigung ergreifen.

Die Krise hat uns gezeigt, wie sehr unser gesellschaftliches Zusammenleben und unser wirtschaftlicher Wohlstand darauf beruhen, dass Frauen sich kümmern, ob unbezahlt in der eigenen Familie oder unterbezahlt in der Klinik, im Pflegeheim oder der Supermarktkasse. Für uns ist deshalb klar: Frauen haben mehr verdient - mehr Lohn, mehr Zeit und mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Wir müssen den notwendigen Umbau der Wirtschaft und des Arbeitslebens so gestalten, dass die Strukturen resilienter sind als zuvor das heißt solidarischer, gerechter und nachhaltiger. Und wir wollen dafür sorgen, dass es Frauen nach der Krise besser geht als davor. Denn gleichberechtigte Gesellschaften sind nicht nur gerechter, sie sind auch weniger krisenanfällig. Gleichberechtigung ist für uns eine Voraussetzung für Resilienz und deshalb legen wir hiermit einen Plan für einen geschlechtergerechten Weg in eine krisenfeste Zukunft vor.

Systemrelevanz muss man auch im Geldbeutel spüren.

Gleichberechtigung ist auch eine soziale Frage. In systemrelevanten Berufen arbeiten besonders viele Frauen, und das oft zu geringen Löhnen, die kaum zum Leben reichen. Wenn Supermarktkassiererinnen aufstocken müssen, um über die Runden zu kommen, und viele Pflegerinnen verfrüht in Rente gehen, weil sie dem psychischen und physischen Druck nicht standhalten, sehen wir, dass wir in den systemrelevanten Berufen nach der Krise nicht in eine Normalität zurückkehren können, die selbst schon oft ein Ausnahmezustand war. Stattdessen braucht es strukturelle Veränderungen. Die gesellschaftliche Wertschätzung steht auf dem Prüfstand, das Versprechen für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen muss jetzt eingelöst werden. Denn von Dankbarkeit kann man keine Miete bezahlen.

- Die Löhne in systemrelevanten Berufen, insbesondere in den Pflegeberufen, die einen besonders hohen

Frauenanteil haben, müssen endlich steigen. Dafür braucht es **gute Tarifverträge**. In der Pflege sollen die Tarifparteien die Verhandlungen für eine tarifliche Bezahlung fortsetzen, damit eine Einigung zeitnah für allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Sollte das trotz laufender Verhandlungen nicht erreicht werden, müssten **gesetzliche Maßnahmen** ergriffen werden. So soll in einem nächsten Schritt die soziale Pflegeversicherung dazu verpflichtet werden, nur mit Arbeitgebern Verträge zu schließen, die tariflich zahlen. Für Bereiche in denen gerade keine tariflichen Einigungen absehbar sind, wie zum Beispiel im Lebensmittelverkauf, soll eine Lohnkommission eingerichtet werden, um in Anlehnung an die Mindestlohnkommission Kriterien für faire Löhne festzulegen.

- Die viel beschworene Wertschätzung für systemrelevante Berufe muss auch in der gerade laufenden **Tarifrunde für die 2,3 Millionen Angestellten im Öffentlichen Dienst** zum Ausdruck kommen. Es darf nicht sein, dass in Deutschland monatelang von den Heldinnen und Helden des Alltags gesprochen wird, sich aber dann bei der Bezahlung oder bessere Arbeitsbedingungen nichts ändert. Die Bundesregierung darf sich in dieser Debatte keinen schlanken Fuß machen. Wir fordern die Große Koalition auf, ein **kommunales Entlastungspaket** auf den Weg zu bringen, das verschuldete oder unterfinanzierte Städte und Gemeinden strukturell entlastet und so mehr Spielräume schafft, um Erzieherinnen, Krankenhausangestellte und anderen Beschäftigten bessere Löhne zu zahlen.
- Der Personalmangel in der Pflege und bei Erzieher*innen führt zu Stress, Druck und Überforderung. Und damit dazu, dass immer mehr Menschen verfrüht aus dem Beruf aussteigen, wodurch sich der Notstand weiter verschärft. Um Sorgeberufe attraktiv zu machen, und Aussteiger*innen zurück zu gewinnen, braucht es gute Arbeitsbedingungen. Die Arbeit muss sich mit der Familie vereinbaren lassen und Fortbildung und Aufstiegschancen bieten. Durch **verbindliche Personalschlüssel** verhindern wir Überlastung und schaffen genug Zeit für die Arbeit. Für Kitas wollen wir gesetzlich sicherstellen, dass der Betreuungsschlüssel höchstens bei 1:3 (für Kinder unter drei Jahren) und 1:8 (über drei Jahren) liegen darf. Um mehr Fachkräfte zu gewinnen, soll ein Weiterbildungsgeld eingeführt werden, das 200 Euro höher ist als das individuelle Arbeitslosengeld.
- Frauen in Sorgeberufen haben nicht nur mehr Lohn, sondern auch mehr Zeit verdient. Beschäftigte müssen eine gesetzlich garantierte Mitsprache über den Umfang und die Einteilung ihrer Arbeitszeit erhalten, damit die Arbeit gut in ihr Leben passt. Zudem sollen Beschäftigte ein Recht auf Arbeitszeitverkürzung bekommen. In der Pflege wollen wir die **Regelarbeitszeit auf 35 Stunden als neue Vollzeit** bei vollem Lohnausgleich verkürzen.
- In den nächsten Monaten braucht es massive Investitionen in eine robuste Infrastruktur und die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft. Anders als beim Konjunkturpaket der Bundesregierung dürfen Frauen und systemrelevante Berufe dabei aber nicht hinten runterfallen. Wir fordern ein Investitionsprogramm in Höhe von 500 Milliarden über die nächsten 10 Jahre, wobei die Ausgaben einem **Geschlechtergerechtigkeits-Check** unterliegen sollen, also auf Auswirkungen auf Frauen und Männer geprüft werden. So kann sichergestellt werden, dass Zukunftsinvestitionen Frauen zu Gute kommen. Dafür braucht es eine massive Stärkung der Investitionen in die soziale Infrastruktur, zum Beispiel in KiTas aber auch in den Gesundheitssektor, also in die Bereiche, wo besonders viele Frauen arbeiten. Die Bildungsausgaben im **KiTa- und Primarbereich sollen verdoppelt** werden.

Arbeit gerecht aufteilen und individuelle Absicherung fördern.

Das Wegbrechen der Infrastruktur in Schule, Betreuung und Pflege stellte unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Frauen arbeiteten schon vor der Krise wesentlich häufiger in Teilzeit und geringfügiger

Beschäftigung und übernahmen mehr unbezahlte Sorge- und Fürsorgearbeit, und so erschien es fast schon als logische Schlussfolgerung, dass Frauen auch die Betreuungsarbeit durch geschlossenen Kitas und Schulen übernahmen. Gerade Alleinerziehende traf es dabei besonders hart - hatten sie schon vorher oft wenig Geld zur Verfügung, kam nun auch noch die Sorge um den Arbeitsplatz bei gleichzeitig noch mehr Betreuungsarbeit hinzu.

Wir müssen den Versäumnissen der Vergangenheit endlich eine moderne Arbeitsmarkt-, Steuer-, und Sozialpolitik und eine kluge Zeitpolitik entgegensetzen, die die eigenständige Absicherung von Frauen unterstützt und nicht behindert und die Sorgearbeit mit in den Blick nimmt und nicht zu Lasten der Frauen ignoriert.

- Beim Kurzarbeitergeld hat es sich einmal mehr gezeigt: das Ehegattensplitting hat negative Auswirkungen, vor allem für Frauen. Deshalb brauchen wir eine **Steuerpolitik, die individuell berechnet wird** und geschlechtergerecht wirkt, das Ehegattensplitting muss zumindest für Neuehen abgeschafft werden. Kurzfristig muss das Kurzarbeitergeld, das Arbeitslosengeld I und das sogenannte Corona Elterngeld bei allen Steuerpflichtigen der Steuerklasse 5 anhand der Steuerklasse 4 erfolgen, jedoch maximal bis zur Höhe des ausgefallenen Nettolohns.
- Wir brauchen eine Zeitpolitik, die dafür sorgt, dass Paare sich Sorgearbeit gerecht aufteilen und Männer einen größeren Anteil der unbezahlten Arbeit übernehmen, denn sonst ist die Gleichstellung und die eigenständige Absicherung von Frauen nicht zu schaffen. Wir wollen die **Elternzeit paritätisch aufteilen** und neben einem echten **Rückkehrrecht auf Vollzeit** die Möglichkeit einer **neuen, flexiblen Vollzeit** im Bereich 30 bis 40 Stunden pro Woche schaffen. Diese Flexibilität ermöglicht den Beschäftigten, ihren Arbeitszeitumfang bedarfsgerecht nach oben oder unten anzupassen. Gleichzeitig kann eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung dazu beitragen, dass Arbeit, also sowohl Lohnarbeit als auch unbezahlte Sorgearbeit, gerechter verteilt werden.
- Und wir brauchen ein **wirksames Entgeltgleichheitsgesetz**, das dafür sorgt, dass Lohnstrukturen und Tarifverträge auf mögliche Diskriminierungen überprüft werden und aufgedeckte Entgeltdiskriminierungen beseitigt werden. Wir fordern zudem ein **Verbandsklagerecht** und die Anwendbarkeit des Gruppenverfahrens, denn bisher müssen Frauen, die gegen Entgeltdiskriminierung vorgehen wollen, allein vor Gericht ziehen.
- Die Lohnungleichheit wird auch dadurch verstärkt, dass Frauen besonders oft in prekären Jobs arbeiten. Um eine eigenständige Absicherung zu fördern, sollen der **Mindestlohn auf 12€** angehoben und **Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse** überführt werden.

Damit die Belange von Frauen von Anfang an, in allen Gremien und Organen mitbedacht werden, sei es bei der Aufstellung von Pandemieplänen oder der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Hilfen müssen Frauen in den Entscheidungsgremien von Politik und Wirtschaft paritätisch beteiligt sein. Das Bundesgremienbesetzungsgesetz (BGremBG), das einen Anteil von 50 Prozent Frauen und 50 Prozent Männern in Bundesberatungsgremien fordert, muss konsequent durchgesetzt und dieses Ziel bei wissenschaftlichen Bundesberatungsgremien langfristig durch das Hinwirken auf die Gleichstellung von Frauen auf allen Karrierestufen in der Wissenschaft sichergestellt werden. Der Deutsche Bundestag soll als Vorbild vorangehen und mit dem Ziel der gleichen Repräsentation von Männern und Frauen eine Kommission zur Erarbeitung eines Paritätsgesetzes einsetzen. Und es braucht gesetzliche Maßnahmen, die ein höheren Anteil an Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen fördern.

Die Expertise von Frauen wird gebraucht und muss gehört und einbezogen werden. Denn Solidarität geht nur gemeinsam und gleichberechtigt, das gilt auch und gerade in schwierigen Zeiten.